

31. März 2026

## **Interpellation 354 / Roger Edlmann, FDP**

eingereicht am 9. Februar 2026 – Wortlaut siehe Beilage

### **Frühzeitiger Volkseinbezug beim Schulhaus Schillerstrasse**

Roger Edlmann, FDP reichten am 9. Februar 2026 mit 20 Mitunterzeichnenden eine Interpellation zum Thema "Frühzeitiger Volkseinbezug beim Schulhaus Schillerstrasse" ein und wünschen die Beantwortung von drei Fragen.

#### **Beantwortung**

1. Teilt der Stadtrat die Einschätzung, dass beim Projekt Schillerstrasse die Voraussetzungen bestehen, eine Volksabstimmung über einen Rahmenkredit in Betracht zu ziehen? Falls nicht, welche Voraussetzungen müssten noch konkret erfüllt werden?

Die Abstimmung über einen Rahmenkredit findet üblicherweise statt, bevor ein Wettbewerb durchgeführt wird. So setzen es zum Beispiel der Kanton St. Gallen und das Fürstentum Liechtenstein um. Damit wird der Bedarf sowie der Wille für eine Investition unabhängig von einem konkreten Projektvorschlag abgefragt.

Basis für diese Abstimmungen bilden im Normalfall Projektstudien, die einen Rahmen bezüglich Umfang und Kosten geben. Aufgrund dieses fiktiven Projekts und mit einer der Phase entsprechenden Reserve kann bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt ein Investitionsentscheid getroffen werden, ohne dass wesentliche Planungskosten entstehen. Ein weiterer Vorteil an diesem System ist, dass die Umsetzung des Projekts direkt nach dem Wettbewerb erfolgen kann, was bei grösseren Projekten eine Zeitersparnis von rund einem Jahr ergeben würde. Es sind dann keine weiteren Kredite und Abstimmungen mehr notwendig. Die Kompetenz, die Reserven freizugeben, müsste im Vorfeld definiert werden. Dies würde allenfalls eine Anpassung der Finanzbefugnisse bedingen.

Eine Folge dieses Vorgehens ist, dass nach der Abstimmung keine Rückbindung des Parlaments mehr erfolgt. Für die Umsetzung ist dann einzig die Exekutive verantwortlich.

In diesem Sinne ist das Projekt an der Schillerstrasse einen Schritt zu weit, da mit dem Wettbewerb bereits ein Resultat vorliegt. Der Stadtrat regt deshalb an, das besagte Projekt wie geplant umzusetzen: Zuerst mit einem Projektierungskredit und danach mit einer Volksabstimmung auf Basis des Bauprojekts resp. eines "Vorprojekts plus" mit einer höheren Kostengenauigkeit. Das BUV ist immer bestrebt, möglichst wenig Planungskosten zu verwenden, bevor ein Bauprojekt zur Abstimmung gebracht wird. Deshalb unterstützt der Stadtrat generell den Ansatz eines frühzeitigen Rahmenkredits.

Der Stadtrat wäre folglich bereit, einen Rahmenkredit für das Schulhaus Schillerstrasse vorzubereiten, wenn das Parlament ihn in Form einer Motion damit beauftragt.

Als Voraussetzung dafür sieht der Stadtrat den unter Frage 3 beschriebenen Mitwirkungsprozess.

2. Ist der Stadtrat bereit, im Sinne seiner früheren Stellungnahmen\* zu prüfen, ob beim Projekt Schillerstrasse eine solche frühe Volksabstimmung umgesetzt werden kann?

Siehe Ausführungen weiter oben. Der Stadtrat ist bereit, dies zu prüfen, falls das Parlament ihn in Form einer Motion damit beauftragt.

*\*Interpellation 332 "Kosten von Bauprojekten der Stadt Wil überteuert?" von Harry Huber*

3. Sieht der Stadtrat weitere Möglichkeiten oder innovative Ansätze, wie bei Grossprojekten die Zustimmung und damit die Annahmquote, durch Bevölkerung oder Parlament, weiter gestärkt werden kann? Oder sieht der Stadtrat Möglichkeiten für Prozessanpassungen, damit im Falle einer Nicht-Weiterverfolgung eines Projekts der Einsatz von Ressourcen, Zeit und Arbeitsleistung möglichst gering gehalten und frühzeitig begrenzt werden kann?

Der Stadtrat sieht ein grosses Potenzial in der Unterstützung durch das Parlament. Als Basis dafür sieht er eine Kommunikation, die von gegenseitigem Vertrauen geprägt ist und auf dem Willen zu einem tragfähigen Kompromiss aufbaut. Zudem ist die frühzeitige Einbindung der Nutzenden von zentraler Bedeutung. Indem sie Rückmeldungen geben, Fragen stellen und Diskussionen anstossen, beschleunigen sie Lern- und Verbesserungsprozesse. Diese wiederum fördern die Transparenz, stärken die Akzeptanz in der Bevölkerung und tragen wesentlich zu einer fundierten Meinungsbildung im Vorfeld einer Volksabstimmung bei.

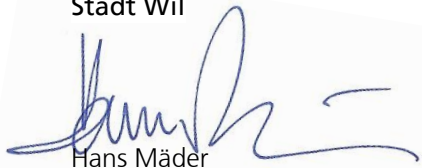
Der Stadtrat sieht vor, im Projekt Schillerstrasse weite Bevölkerungsgruppen zum Projekt zu befragen. Insbesondere sind dies der Quartierverein West, die IG Sport und die IG Kultur, die BVK, die Schulleiterkonferenz, ElWiS (Elternmitwirkung der Schulen in Wil) und das Jugendparlament. Diese Mitwirkung ist für die Ausarbeitung des Bauprojekts als strukturierter Prozess vorgesehen. Dieser steht im Pflichtenheft der Architekten für diese Phase.

Es wäre grundsätzlich jedoch auch vor dem Beschluss zu einem Rahmenkredit möglich, eine solche Mitwirkung durchzuführen. Aufgrund des grossen damit verbundenen Aufwands müsste dafür aber ein externes Mandat beauftragt werden. Der Aufwand dafür wäre vergleichbar mit der Ausschreibung für die Zwischennutzung im Turm, was geschätzt einem Umfang von rund Fr. 50'000.-- entspricht.

Wenn ein Rahmenkredit in weiteren Projekten zur Anwendung kommen soll, dann müsste im Vorfeld zumindest das Projekt definiert und mögliche Standorte genannt werden. Darüber hinaus wäre die genannte Mitwirkung durchzuführen und auf dieser Basis eine Machbarkeitsstudie zu erstellen. Dann könnten Projektinhalte sowie die damit verbundenen Kosten kommuniziert und zur Abstimmung gebracht werden. In dieser Phase würde auch das Parlament miteingebunden. Damit liessen sich strategische Fragen wie Nachhaltigkeit, Lebensdauer, Zusatznutzen, Immobilienökonomie etc. festlegen.

Um es an einem anderen Beispiel zu verdeutlichen: Würden Parlament und Volk über einen neuen, zentralen Verwaltungsstandort entscheiden, könnten sie die Art des Eigentums festlegen (Miete oder selber bauen), dem Umfang (Raumbedarf) und weitere öffentliche Nutzungen (Gastronomie, Versammlungsräume, Tiefgaragen, Plenarsäle etc.) debattieren sowie über Verfahren, energetische Standards und die Auswirkungen auf das direkte Umfeld und die Kosten diskutieren. Dieser Prozess ist sehr aufwändig und er wird meistens kontrovers geführt. Der Stadtrat würde sich von diesem Vorgehen aber eine breitere Abstützung erhoffen, was in der Folge zu einer besseren Unterstützung im Parlament und in der Bevölkerung führen würde.

Stadt Wil



Hans Mäder  
Stadtpräsident



Janine Rutz  
Stadtschreiberin